

# „Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise auf die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik“

**Dr. Josef Schlarmann**

Bundenvorsitzender

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

*Es gilt das gesprochene Wort!*

---

## **I. Die Eurokrise hat im wesentlichen zwei Ursachen**

1. langjährige Haushaltsdefizite mit einer daraus resultierenden hohen Staatsverschuldung der Euro-Länder;
2. fehlende Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der Südländer, mit der Folge negativer Zahlungsbilanzen.

Aus diesen Ursachen erklärt sich die fehlende Kapitalmarktfähigkeit bestimmter Krisenländer, d.h. Haushaltsdefizite und Staatsschulden können nicht mehr oder nur zu schlechteren Bedingungen über den Kapitalmarkt finanziert werden.

Um die Kapitalmarktfähigkeit wieder herzustellen oder zu sichern, müssen die Krisenländer ihre Haushalte konsolidieren und Reformen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durchführen. Dabei geht es einerseits um die Kürzung von Staatsausgaben, z. B. bei Gehältern, Renten und Sozialausgaben, sowie höhere Steuereinnahmen und andererseits um wirtschaftspolitische Reformen, mit denen die Märkte für Güter und Dienstleistungen liberalisiert, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und Staatsbetriebe privatisiert werden. In allen Krisenländern gibt es hiergegen erheblichen politischen Widerstand, der bereits mehrfach zum Wechsel von Regierungen geführt hat.

## **II. Erstaunlicherweise wird in Deutschland selbst keine ernsthafte öffentliche Debatte über die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch wirtschaftspolitische Reformen geführt.**

Dabei besteht auch in Deutschland ein erheblicher Konsolidierungs- und Reformbedarf: Mit einer Schuldenquote von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird der EU-Referenzwert von 60 Prozent deutlich überschritten. Auch die für 2012 geplante Netto-Neuverschuldung von 26 Mrd. Euro (trotz konjunktureller Steuermehreinnahmen) zeigt, dass im Bundeshaushalt ein erhebliches strukturelles Defizit existiert.

### **Folgt man dem europäischen Muster, muss in Deutschland Folgendes geschehen:**

- Die öffentlichen Gehälter und Pensionen müssen gekürzt werden. Der Beschluss der Bundesregierung im Oktober 2011, das Weihnachtsgeld für Bundesbeamte ab 2012 zu verdoppeln, passt nicht in dieses Bild.
- Auch für Sozialleistungen, wie z.B. für Eltern- und Krankengeld, stellt sich die Frage der Kürzung. In jedem Falle müssen neue Sozialausgaben, wie z. B. das Betreuungsgeld, eine Mindestrente oder zusätzliche Pflegeleistungen, entfallen. Gleichzeitig sollte die Politik offen erklären, dass angesichts der Haushaltslage die Grenzen des Sozialstaates erreicht sind.
- Die Haushaltslage gebietet auch die Kürzung von Subventionen, unabhängig davon, ob sie aus strukturellen oder aus konjunkturellen Gründen bezahlt werden. Es gibt ein breites Feld von Sparmöglichkeiten, angefangen bei der Steinkohle über Elektrofahrzeuge bis hin zum Kurzarbeitergeld. Bei der Lichtung des Subventionsdschungels könnten sich die Haushaltspolitiker für das Gemeinwohl verdient machen.
- Die desolaten Staatsfinanzen setzen auch den steuerpolitischen Möglichkeiten Grenzen. Für allgemeine Steuersenkungen hat weder die Öffentlichkeit Verständnis, noch könnte man dafür die Politik gewinnen. Die Steuerpolitik sollte sich deshalb darauf konzentrieren, das Steuerrecht einfacher, systematischer und gerechter zu machen. Hierzu gehört die Abschaffung der kalten Progression, weil es sich dabei um eine verdeckte und leistungsfeindliche Steuererhöhung handelt. Außerdem müssen neue Steuern, wie die Brennelementesteuer, die Flugticketsteuer und die Bankenabgabe, kritisch hinterfragt werden.

**III. Die Bundesregierung kann sich zurzeit noch am Kapitalmarkt zu günstigen Bedingungen finanzieren. Dies ist aber weniger der Haushaltslage, sondern mehr der Stärke der deutschen Wirtschaft zu verdanken.**

Die Stärke der deutschen Wirtschaft im Vergleich der Euro-Staaten hat vor allem folgende Ursachen:

- der hohe Industrieanteil mit einer Produktionspalette, die vor allem für Schwellenländer interessant ist;
- die gemischte Wirtschaftsstruktur mit dem hohen Anteil mittelständischer Unternehmen und dem dezentralen Bankensystem;
- flexible Arbeitsmarktinstrumente und eine moderate Lohnpolitik der Tarifpartner.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich aber nicht nur in einem europäischen, sondern auch in einem globalen Wettbewerb, vor allem mit den Schwellenländern und den USA. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und alles zu unterlassen, was sie schwächt. Vor allem muss verhindert werden, dass die Wirtschaft durch Reglementierung und politisch administrierte Preise ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verliert.

**Folgt man wiederum dem europäischen Muster, muss in Deutschland Folgendes geschehen:**

- Es muss verhindert werden, dass die unternehmerische Tätigkeit durch bürokratische Hemmnisse, wie z. B. jüngst durch zusätzliche Anforderungen bei Ausfuhren oder bei der Geldwäschekontrolle, behindert wird.
- Auch in Deutschland sind Güter- und Dienstleistungsmärkte überreguliert, die liberalisiert werden können. Ein Beispiel ist der Energiemarkt, der vor gut zehn Jahren liberalisiert wurde und dem im Rahmen der Energiewende nun ein planwirtschaftliches System übergestülpt wird, an deren Ende nur noch 20 Prozent der Strompreise am Markt festgelegt werden.
- Auf dem Arbeitsmarkt müssen die mit den Hartz-Reformen eingeführten Instrumente der Zeitarbeit und der Befristung erhalten bleiben. Starre Arbeitsmärkte vermindern die Arbeitsproduktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Dies gilt insbesondere für die Einführung von einheitlichen Mindestlöhnen, Equal-Pay für die Zeitarbeit und Frauenquoten für Führungspositionen.

- Während in den Krisenländern Staatsbetriebe privatisiert werden, geht Deutschland den anderen Weg und rekommunalisiert private Versorgungsbetriebe. Effektiv ist dies nicht, denn das Risiko kommunalisierter Betriebe trägt letztendlich der Steuerzahler.
- Ob Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, hängt maßgeblich von der Lohnpolitik der Tarifpartner ab. Die anstehenden Tarifrunden im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie sind dafür ein wichtiges Signal. Folgt man den Ratschlägen der Europäischen Union aus der Sixpack-Verordnung sollte Deutschland statt Lohnzurückhaltung eine expansive Lohnpolitik betreiben, um die Exportüberschüsse zu reduzieren. Man kann nur hoffen, dass diesem Ratschlag bei den Lohnverhandlungen nicht gefolgt wird. Schwachen Ländern kann nicht dadurch geholfen werden, dass starke Länder in ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschwächt werden.